

*Christian Watrin**

In memoriam Walter Hesberg (1929–2002)

Mit Walter Hesberg verliert das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln einen Freund und Förderer, der die Geschicke des Instituts seit dessen Gründung durch Alfred Müller-Armack im Jahre 1952 begleitet hat.

Als junger Student an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewann Hesberg schon in den Gründungstagen Kontakt zum Institutsgründer. Dieser wurde wenig später auch der Betreuer seiner Diplomarbeit. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Diplom-Volkswirteexamens engagierte ihn Müller-Armack 1956 als wissenschaftlichen Mitarbeiter. In dieser Funktion entwickelte Hesberg ein ausgesprochenes Interesse an Fragen einer ordnungspolitisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

Die Mitte der fünfziger Jahre war die hohe Zeit der Vorbereitung der westeuropäischen Wirtschaftsintegration. Im Mittelpunkt der damaligen ökonomischen Diskussionen standen die Vor- und Nachteile der Zollunion und der Freihandelszone. Hesberg wandte sich der zweiten Form des regionalen Freihandels zu und schrieb eine später im Knapp-Verlag veröffentlichte und viel beachtete Dissertation zum Thema Die "Freihandelszone als Mittel der Integrationspolitik". In ihr ging es um die Streitfrage, ob sich regionaler Freihandel (im Sinne des die Staatsgrenzen übergreifenden wirtschaftlichen Austausches) sinnvoll mit dem Fortbestehen nationaler zollpolitischer Autonomie verbinden ließe.

Die herrschende Meinung ging damals davon aus, dass dies nicht der Fall sei. Wenn einige Teilnehmerstaaten z.B. Vorprodukte zu niedrigeren Zollsätzen aus dem Ausland bezögen als andere Teilnehmerstaaten, dann hätten diese einen ungerechtfertigten Kostenvorteil gegenüber den übrigen Konkurrenten. Folglich gelte es durch sog. Ursprungszeugnisse die "Parität" im Wettbewerb wiederherzustellen, d. h. im internen Handel durch Nachbelastung mittels eines Ursprungszeugnisses einen Ausgleich zu schaffen. Anders als in einer Zollunion mit gleichen Zöllen gegenüber Drittländern könne also in einer Freihandelszone niemals ein echter Binnenmarkt entstehen, da die Ursprungszeugnisse weiterhin das Aufrechterhalten von internen Kontrollen der Warenströme erforderlich machten.

Gegen diese Argumentation lässt sich geltend machen, dass die internationale Arbeitsteilung Ausfluss von Kostenunterschieden zwischen den Handelspartnern ist. Die damals herrschende Meinung, dass diese in "natürliche" und "künstliche" (d. h. durch Wirtschaftspolitik erzeugte) Kostendifferenzen aufzuteilen seien, lässt sich bei näherem Zusehen ebenso wenig aufrechterhalten wie der daraus gezogene Schluss, man müsse erst alle "künstlichen" Unterschiede abbauen oder zumindest einer Harmonisierung unterwerfen, bevor ein unverzerrter Handel möglich sei.

* Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Pohlighstrasse 1, D – 50969 Köln.